

Bezugspreis: Vierteljährlich 3.-, monatlich 1.-, wochentlich 1/3.-...

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Spaltenbreite kostet 1.50 M. 'kleine Anzeigen'...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 26. September 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Rumänien an die Entente.

In der Antwort Rumäniens, die Clerf am Sonnabend in Paris dem Räte der Fünf überreichen wird, wird Rumänien sich bereiterklären, die rumänischen Truppen aus Budapest gänzlich zurückzuziehen...

Bratiannu spricht jedoch die Hoffnung aus, daß die Mächte den Rumänen die Gebiete zurückgeben werden, die sie besetzt hatten. Rumänien bitte um die Aufhebung der Blockade, die Frankreich im Gegensatz zu England und Amerika nicht auf Kriegsmaterial beschränkt...

Schwere Niederlage der Bolschewisten.

Nach einem Telegramm aus Warschau ist die große Schlacht bei Kozłowski an der Düna nach zehntägigem Verlauf mit einem vollständigen Sieg der polnischen Truppen entschieden worden. Bedeutsame bolschewistische Streitkräfte wurden umringt und aufgerieben.

Verkehrsaufnahme in Wien.

Nach Abschluß der Verhandlungen der österreichischen Regierungsvertreter gab Staatssekretär Herndl die telefonische Weisung an das Staatsamt für Handel und Arbeiten, nach Wien, zu verfügen, daß Montag früh der Straßenbahnverkehr wieder aufgenommen wird.

Die Welle des Antisemitismus.

Am Donnerstag erschien der Vertreter der Vereinigten Staaten Mr. Galsten beim Staatskanzler Renner und richtete an ihn die Anfrage, ob die Gerüchte, daß Judenverfolgungen bevorstünden, begründet seien. Galsten erklärte, er würde es bedauern, wenn solche Ereignisse eintreten, weil sie die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten gegen Deutschland österrreich beeinflussen könnten.

Staatskanzler Renner gab Galsten alle beruhigenden Aufklärungen und versicherte, es seien alle Vorkehrungen getroffen, um Gewalttätigkeiten hintanzuhalten. Anlaß hatte zu dem Gerücht ein vom Deutschen Volksrat in Wien veranstalteter Umzug gegeben, der zu Demonstrationen vor dem Gebäude des 'Abend' geführt hatte, weil dieser sich gegen den Umzug erklärt hatte.

Ein Hilfswerk für Deutschland.

Haag, 25. September. Die Leitung des Niederländischen Roten Kreuzes verschiebt ein Rundschreiben, in dem auf die traurigen Lebensmittelverhältnisse in Deutschland und auf die erschreckende Zunahme der Sterblichkeit hingewiesen und die niederländische Bevölkerung in warmen, herzlichen Worten aufgefordert wird zu einem Hilfswerk, mit dem bereits begonnen wurde, durch Gaben an Lebensmitteln beizusteuern.

Das Niederländische Rote Kreuz hat nunmehr die Absicht, das Hilfswerk in Einvernehmen mit den deutschen Behörden zu zentralisieren und die aufzukaufenden Lebensmittel nach zwei noch näher zu bestimmenden Orten, vermutlich in Thüringen und in Harz, zu schicken.

Dem Rundschreiben ist eine Empfehlung eines Ausschusses, der sich zu diesem Zweck gebildet hat, beigelegt, in

dem alle Holländer aufgefordert werden, den 'symbolischen Plan' zu unterstützen. Dem Ausschuh gehören der Kriegsminister Jonkheer Alting von Geusden, der Oberhofmarschall der Königin Graf van Dylant, der Staatsminister Cort van der Linden, der Vorsitzende der Zweiten Kammer Jod, der Oberkommandierende der Land- und Seestreitkräfte Generalleutnant Pop und andere amtliche Persönlichkeiten sowie hervorragende Mitglieder der holländischen Gesellschaft an.

Der Konflikt in Kurland.

Im Korpstagesbefehl des 6. Reservekorps ist folgender Schriftwechsel veröffentlicht worden:

Zwischen dem Führer des 6. Reservekorps Generalmajor Graf von der Goltz und dem Chef der Ententemission in Riga hat folgender Schriftwechsel stattgefunden:

An den Kommandierenden General des 6. Reservekorps. In Ihrem Schreiben Nr. 584 vom 4. d. M. ist bedauerlicherweise bemerkt, daß Ihre Regierung die Gefahr ungesetzlicher Handlungen deutscher Soldaten in Kurland voraussetzt.

In Anbetracht der Zeit, die verstrichen ist, seitdem Paris den Befehl gab, die deutschen Truppen aus Kurland herauszuziehen, und der Siedlungspropaganda, die während dieser Zeit unter den deutschen Truppen getrieben worden ist, ist es unabweisbar, daß irgend jemand anders für den augenblicklichen Stand der Dinge verantwortlich gemacht werden kann, als die deutsche Führung.

Zur Vermeidung irgendwelcher Irrtümer wollen Sie mir bitte sobald wie möglich eine Liste derjenigen Leute einliefern, die sich selbst außerhalb des Gesetzes gestellt haben.

gez.: Alfred Burt, Brigadegeneral, Chef der alliierten Militärmission.

Darauf erfolgte die Antwort:

An den Chef der alliierten Militärmission, Riga. In Ihrem Schreiben vom 10. d. M. Nr. 34, überreicht am 15. d.:

Ein Eingehen auf Ihre Gedanken in den beiden ersten Absätzen Ihres Schreibens lehne ich ab.

Im letzten Absatz Ihres Schreibens wagen Sie es, mich zu ersuchen, Ihnen einzelne meiner Landleute als Schuldige anzugeben.

Ich sehe in dieser Zumutung eine schwere Beleidigung meiner Person und des deutschen Nationalgefühls. Ich möchte Ihnen daher raten, derartig niedrige Anstalten in Zukunft weder mir, noch meinen Untergebenen zu stellen. Ich würde gezwungen sein, jeden Verkehr mit Ihnen abzubrechen und jeden Engländer aus dem noch von deutschen Truppen besetzten Gebiet auszuweisen, da die Sicherheit alliierter Missionen, die den deutschen Nationalstolz absichtlich und schroff verletzen, ausgeschlossen ist.

Ich werde für Schreiben meiner Regierung vortragen und bin überzeugt, daß diese Ihre Regierung durch den berufenen Vertreter des Deutschen Reiches, den Minister des Auswärtigen, die würdige Antwort geben wird auf dieses schimpfliche Ansuchen, das eine alliierte Kommission einem deutschen General im Auslande stellen zu dürfen glaubt.

gez. Graf von der Goltz.

Mit dem Frieden sollte die Zeit gekommen sein, wo die Politiker reden und die Soldaten schweigen. Uns dünkt der Brief des englischen Generals in der Sache ebenso unpolitisch, wie der Brief des deutschen Generals im Ton. Die Forderung des englischen Generals ist beleidigend für deutsche Gefühle, aber der deutsche General ist in einer üblen Lage, wenn er sich auf hohe Pferd setzt, solange er nicht in Stande ist, den Befehlen seiner Regierung Dankschuld zu schaffen.

Graf v. d. Goltz hätte sich in dieser Angelegenheit mit der Regierung ins Benehmen setzen müssen. Die Regierung konnte ihn dann antworten, der englischen Forderung nicht nachzukommen, mußte aber zugleich Garantien dafür bieten, daß ihr Befehl an die deutschen Truppen, Kurland zu räumen, unverzüglich befolgt würde. Wegen Soldaten, die den ihnen erteilten Befehl nicht befolgen, wird sich Deutschland nicht in neue internationale Konflikte stürzen. Militärische Eigenmächtigkeiten kann es und wird es nicht dulden, weder von Generälen, noch von ihren Untergebenen.

Großherzogtum oder Republik?

Am Sonntag findet in Luxemburg die Volksabstimmung über die neue Verfassung statt. Die Luxemburger werden über zwei Fragen abstimmen: ob sie die heutige Dynastie behalten wollen oder eine Republik vorziehen. Die zweite Frage betrifft das wirtschaftliche Problem, nämlich, ob Luxemburg ein wirtschaftliches Bündnis mit Frankreich oder mit Belgien schließen oder künftig selbständig bleiben will.

Was kann und soll die Internationale?

II.

Existieren in der politischen Arbeiterbewegung ähnliche, allen gemeinsame, in näherer Zukunft erreichbare Ziele? Zuvörderst einmal die Aufstellung und Fortbildung der unverrückbaren sozialistischen Grundprinzipien. Hier läge allein eine Aufgabe von gewaltigster Bedeutung, die auch vor keinem anderen Forum gelöst werden kann. Diese Grundprinzipien sind heute derartig ins Schwanken geraten, daß der Sozialismus mit ihrer Normierung beinahe von vorn beginnen muß.

Gewiß wird man nicht annehmen dürfen, daß mit solch einer internationalen Entscheidung diese die Köpfe und Herzen so leidenschaftlich entflammenden Probleme nun endgültig eine Lösung fänden. Jede derartige Urteilsnormierung hat schließlich nur den Sinn, den tatsächlichen Stand einer Frage in einem gegebenen Zeitpunkt festzustellen; die Geschichte geht darüber hinaus ihren Weg und löst neue Lösungen und Problemstellungen auf.

Für eine bestimmte Epoche jedoch kann das Botschaft der Internationale die Klärung außerordentlich fördern, schon dadurch, daß sie die Parteien einander gegenüberstellt und sie zur gegenseitigen Aussprache zwingt.

In den gleichen Aufgabebereichen wäre ein Urteil über die russischen Bolschewisten gefallen. Die Bolschewisten selbst unterwerfen sich ihm freilich nicht, da sie der Internationale nicht mehr angehören. Dennoch hätte ein solches Urteil unendlich viel Gutes bewirken können. Vor aller Welt hätte es den Sozialismus von jeder Gemeinshaft mit seinem Herrbild gelöst und den Bolschewismus dahin gewiesen, wohin er gehört: zu keinen zaristisch reaktionären Brüdern im Geiste. Damit konnte man den russischen Genossen einen wahrhaften und lange von ihnen geforderten Dienst erweisen; die ganze sozialistische Welt hätte sie in ihren Schut genommen und ihren gewissenlosen Verfolgern die ihnen gebührende Verachtung ausgesprochen.

Hier war es direkte Pflicht der Internationale einzugreifen, da die Bolschewisten einmal den Namen des Sozialismus usurpierten und schänden. Aber dieser Pflicht hat sie sich nicht nur entzogen; sie gefällt sich geradezu in schonendem Entgegenkommen gegen den Bolschewismus. In dem ewig wiederholten Protest gegen die Ententeintervention liegt ja schon sein Einreihung in die sozialistischen Parteien und gegenüber den leidenschaftlichen Anklagen der russischen Genossen wollte sie ihre strenge 'Objektivität' beweisen und verweichte sich deshalb auf die Notwendigkeit der Ernennung einer Untersuchungskommission, deren Feststellungen den gleichen Wert hätten wie etwa die Reisen der Monarachen, die sich über das Leben ihrer Landeskinder unterrichten wollen. Zweifelst doch wohl niemand nach allen bisherigen Heldentaten der bolschewistischen Führer daran, daß sie vor keinem Mittel des Betrugs und der Fälschung zurückzusehen würden, um diese Untersuchungskommission irreführen und zu verdächtigen. Hier verweigerte die Internationale, weil sie eben vor klaren Entscheidungen überhaupt zurückweicht und ihre Aufgabe im Gegenteil darin zu sehen scheint, gleichviel durch welche Mittel ihre Mitglieder nur zusammen zu halten. Und damit begab sie sich leider zugleich einer weiteren Einflussmöglichkeit. Sie hätte mit einem scharfen Trennungsschritt nicht nur den Bolschewismus vom Sozialismus, sondern auch all die schwankenden Gestalten aus ihren eigenen Reihen abschütteln können, die balllos zwischen den Parteien der Sozialdemokratie und dem sogenannten Kommunismus (in Wahrheit: Bolschewismus) umherpendeln und so die politische Kraft des Sozialismus in allen Ländern untergraben. Besser, daß die in Wahrheit schon bolschewistisch verfauchten zur Dritten Internationale gehen und sich so auch in den Parteien von den anderen sondern, als daß das Gift sich überall hineinfrißt, alles verunreinigt und jede Aktionsfähigkeit lähmt.

Neben diesen speziell sozialistischen Aufgaben bliebe dann die Aufstellung allgemeiner Gerechtigkeitsforderungen als Richtmaß besonders der außerpolitischen Völkerbeziehungen gewiß immer wertvoll und not-

Wichtig. Denn keine bestehende Gruppe oder Partei außer der Sozialdemokratie vertritt im politischen Leben diese Forderungen prinzipiell, und besitzt die Internationale auch nicht die Macht ihnen gegenüber den widerstrebenden Gewalten privater und nationaler Eigeninteressen Geltung zu geben, so bringt sie sie doch langsam dem Gewissen der Völker als politisch-sittliche Ziele zum Bewußtsein. Dahin gehören die Grundzüge eines wirklichen Selbstbestimmungsrechts der Nationen, kultureller Autonomie für alle verprengten fremden Volksteile, gerechter Verteilung des Kolonialbesitzes nach der Produktionsfähigkeit der Länder und dergleichen. Aber wir müssen uns wie gesagt darüber klar sein, daß mit alledem keine Zeiten vollbracht, sondern nur ein gewisser geistiger Einfluß geübt, den Genossen eine ungefähre Richtschnur für die Orientierung ihres politischen Handelns gegeben werden kann.

Den großen Aufgaben gegenüber, die sich die Internationale von jeder Stelle, mag es nüchtern und allzu kritisch klingen; aber es dürfte dennoch richtig sein, wenn wir heute eingestehen: unbestreitbare reale Bedeutung hat sie gegenwärtig nur in einem einzigen Punkt: sie ist der Boden, auf dem sich die entfremdeten Geister wieder zusammenfinden, sich von neuem menschlich nähern, wo Mißverständnisse geklärt, falsche Urteile reifiziert werden können, und sie kann vor allem die Zentralkette bilden, durch die dauernd von Volk zu Volk, von Partei zu Partei absolut wahrheitsgetreue Information gegeben werden können. Ein Beschluß wurde jetzt in Vernunft gefaßt, der, wenn er im rechten Sinn zur Ausführung gelangt, unmittelbar Gutes zu wirken vermag: der wenigstens beachtet von allen: der der Einrichtung eines ständigen internationalen Briefdienstes.

Noch immer machen wir uns in der Öffentlichkeit nicht klar, was durch die Unanständigkeit der Presse in der Welt gesündigt wird. Zurdehere Beispiele dieser Pressvergiftung hat uns der Krieg geliefert; aber bis heute haben wir daraus nicht allzu viel gelernt, und nach wie vor glauben selbst die sozialistischen Parteien der Arbeiterklasse einen Dienst zu erwirken, wenn sie um angeblicher Partei- oder Volksinteressen willen die klarsten Tatsachen verschweigen, ummodellieren, oder, wenn es ihnen zweckmäßig scheint, auch in ihr Gegenteil verkehren. Das ist von Sozialisten freilich doppelt und dreifach verwerflich; doch auch ihnen ist eben die Grundvoraussetzung politischer Moral und damit politischen Fortschritts noch längst nicht ins Blut gedrungen; die Pflicht an unumstößlicher Wahrhaftigkeit.

Hätten sie sämtliche Genossen anerkannt, vieles wäre im Kriege nicht geschehen, der furchtbare Ausgang für Deutschland und die ganze europäische Welt vielleicht abgewandt worden. Man hätte bei uns bei Zeiten begriffen, wie es im Blick stand, daß in dem Entgegenkommen an die Sehnsucht der dortigen Bevölkerung nach dem Wiederanschluß an Frankreich eine Möglichkeit zu rechtzeitigem Kriegsende lag, und die deutsche Sozialdemokratie hätte dem Rat gefolgt, den ihr Bronting bereits im ersten Kriegsjahr gab: auf solch ein Entgegenkommen hinzuwirken. Und nach der großen russischen sozialistischen Revolution, nach den deutschen Siegen in Rußland? Wie dürfte es möglich sein, die Tatsachen so zu verdrehen, daß man Erklärungen einer interessierten Oberbehörde für die Selbstständigkeit der russischen Randstaaten zu Rossboten umhag und die Öffentlichkeit so an den Abblitterungswillen der Randstaatenvölker glauben ließ? Wie anders als durch tüchtige Berichterstattung blieb hier die skandalöse Verbindung der deutschen Obersten Heeresleitung mit den russischen Bolschewistenführern verborgen, die in Rußland so namenloses Unglück vorbereiteten?

Ja, um ein Beispiel aus der letzten Zeit zu nennen: wäre nicht längst eine ganz andere Verständigung zwischen den französischen und deutschen Sozialisten erfolgt, eine Reihe schwerer Mißverständnisse vermieden worden (wie die falsche Beurteilung der Ziele des zum 20. und 21. Juli von der englischen, französischen und italienischen Partei angeführten Generalstreiks), wenn eine allseitig kontrollierte Duellie existierte, die den wirklichen Sachverhalt mitteilte und feststellte?

Aber freilich: eine allseitig und einwandfrei kontrollierte Quelle. Der bloße Beschluß, wie er in Luzern gefaßt ist: ein Pressebureau zu errichten, dem die Parteien jedes Landes in bestimmten Intervallen ein Communiqué über alle für den Sozialismus wichtigen Ereignisse überbringen, genügt noch nicht zur Feststellung der Wahrheit. Auch innerhalb der einzelnen Parteien grassiert ja die Lüge, und die Mehrzahl der Genossen läßt sich so sehr vom Parteinteresse bestimmen, daß nur durch gegenseitige Kontrolle die Wahrhaftigkeit garantiert werden könnte. Ein System zu entdecken, durch das jede Meinungsäußerung unmöglich gemacht würde, dürfte nicht schwer sein; es wäre schon gegeben, wenn man jede bedeutendere Richtung mit zur Berichterstattung heranziehlte.

Es wäre viel gewonnen, wenn einmal diese Forderung mit strenger Konsequenz erfüllt wird; aus dem kleinen Anfang könnte sich manches Große entwickeln.

Bally Zepier.

Die Steuerberatung.

Wie zu erwarten war, hat sich in der Frage, die die letzte Sitzung der 16. Kommission anschnitt, ein Ausweg gefunden. Die sozialdemokratische Fraktion hatte bekanntlich beantragt, die Beratung der Umsatzsteuer bis zur Erledigung der direkten Steuern auszuschieben, während die Vertreter der Regierung auf die Dringlichkeit hinwiesen, das Gesetz bis zum 1. Januar fertigzustellen. Die sozialdemokratische Fraktion hat sich jetzt damit einverstanden erklärt, die Beratung fortzusetzen, aber dabei die Festsetzung der Steuersätze vorläufig auszuschieben. Damit wird der Vorwurf, eine dringende Gesetzgebungsarbeit verzögert zu haben, von der sozialdemokratischen Fraktion abgewandt, andererseits aber behält sie ein Druckmittel für die Erledigung der Besitzsteuern in der Hand. Gestalten sich die zur Zufriedenheit, so wird bis dahin auch die Beratung der Umsatzsteuer so weit gefördert sein, daß durch die Festlegung der Steuersätze der Schlüsselstein gesetzt werden kann.

Papiermangel in Polen. Die polnische Papierfabrik in Warschau bei Czarnochow ist wegen Kohlenmangels stillgelegt worden. Es wird damit gerechnet, daß die Zeitungen in Polen aus diesem Grunde ihr Erscheinen einstellen müssen.

Monarchisten und Bolschewisten Hand in Hand.

Aus dem Ruhegebiet wird uns geschrieben:

Doch zwischen den beiden Extremen Monarchisten-Bolschewisten eine gewisse Eintracht besteht, geht in lehrhafter Weise aus einer Veröffentlichung unseres Bekannten Parteiblattes hervor. Nicht wenige Betriebsleiter machen den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten erhebliche Schwierigkeiten bei der Kontrolle der Mitglieder unter den Belegschaften. Das geschieht auch auf der Reiche „Engelburg“, die zum Bochumer Hüttenwerk gehört. Dort hat der Betriebsführer einen Anschlag der gewerkschaftlichen Vertrauensleute, die die Kontrolle der gewerkschaftlichen Mitgliedsbücher der Belegschaftsangehörigen bezweckte, „höchst eigenständig“ abgelehnt. . . . Wie erstaunt war nun die Belegschaft, als vor einigen Tagen folgender „revolutionärer“ Anschlag ausging:

An die revolutionären Bergarbeiter!

In der heute stattgefundenen Versammlung der revolutionären Bergarbeiter wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Den einzelnen betrieblichen Betriebsräten oder sogenannten Vertrauensmännern sprechen wir für die Zukunft das Recht ab, sich im sozialistischen Sinne für die revolutionäre Bergarbeiterbewegung zu betätigen.

Die durch falsche irreführende Radikationen herbeigeführten Beschlüsse bezüglich Ausschluss derjenigen Mitglieder, welche in der freien Betätigung organisiert sind, zwingen uns zur Annahme dieses Beschlusses.

Gleichzeitig bemerken wir, daß oben angeführte Beschlüsse der ganzen Revolution Hohn sprechen und sich dadurch die Reaktion gefährlich fühlen muß.

Kerner erklären wir, daß es die revolutionäre Bergarbeiterbewegung am schärfsten verurteilt, wenn in Belegschaftsversammlungen in derartiger Weise über die Beamten herabgezogen wird. — Wir wollen mit allen Beamten in gegenseitigem Verständnis als Proletariat so zusammenarbeiten, wie es für die Bewirkung der sozialistischen Gesellschaftsordnung dringend nötig ist.

Den auf verschiedenen Schichtanlagen angelegten Streiks werden sich die revolutionären Bergarbeiter nicht anschließen. Gelesen:

W. Müller, Inspektor. Paul Schumacher.

Diesem Anschlag erging es nicht etwa so, wie dem mit den Namen der Inorganisierten. O nein! Ihn ließ, wie die Unterschrift des Inspektors Müller zeigt, die Verwaltung gern zu. Dieser Betriebsleiter ist einer von denen, die den politischen Umschwung in Deutschland nur für eine „vorübergehende Erscheinung“ halten; er ist Wilhelmener. Derselbe Name findet die „revolutionären Kommunisten“ (vor Jahresfrist noch meist Selbst) viel lieber als die organisierten Gewerkschaftler. Man braucht aber nur den Anlauf zu sehen, der gegen die Betriebsräte geht, dafür aber mit Recht kritisierte höhere Beamte heldenhaft in Schutz nimmt, um den Grund der kommunistisch-monarchistischen Freundschaft zu verstehen.

Die Untersuchung im Fall Vieweg.

Von Mannschaften der 3. Halabteilung in Potsdam sind uns Mitteilungen über den Gang der Untersuchung im Falle Vieweg gemacht worden, die gebieterisch eine öffentliche Beleuchtung der Angelegenheit verlangen. Es wird dort eine Verurteilung getrieben, die einfach skandalös ist. Trotz alles Geschwätz der reaktionären Presse stehen nämlich die Mannschaften geschlossen auf Seiten des Leutnants Vieweg, den sie als humanen Vorgesetzten schätzen gelernt haben, und zahlreiche Leute haben sich bereits ertötet, seine Angaben über das Treiben im Offizierskorps eifrig zu erhärten.

Dem mußte mit allen Mitteln entgegengearbeitet werden. Nach der Verhandlung Viewegs traten die Offiziere der Halabteilung zusammen und wählten Vertrauensoffiziere für einen Sonderfall, und zwar bezeichnenderweise diejenigen drei Offiziere, die das Komplott zu Viewegs Körperverletzung geschmiedet und ausgeführt hatten. Dieser merkwürdige Gerichtshof in eigener Sache erklärte, daß Leutnant Vieweg gewisse Delikte „überführt“ worden sei und glaubt die angeblich durch Leutnant Vieweg verletzte Würde des Offizierskorps durch eine flut schimpflicher Schimpfwörter wahren zu sollen. Wir zitieren nur eine Stelle, wo es heißt: „Vieweg wurde in den Dreck der Straße, wo er hingehört, im großen Bogen geworfen.“ Wie wir übrigens erfahren, ist wegen der Verhandlung wie wegen dieses Schriftsands vom Rechtsbeistand Viewegs Strafentwurf gestellt.

Das zitierte Protokoll wurde von Hauptmann Neubarth am folgenden Morgen der versammelten Mannschaft vorgelesen mit der Aufforderung, Stellung gegen Vieweg zu nehmen. Die Mannschaft aber ging darauf nicht ein, sondern stellte aus eigener Initiative Vieweg ein Vertrauensvotum aus, und zwar kein „Reinhardt'sches“, sondern ein christliches mit den Unterschriften der Mannschaften. Dieses etwas unerwarteten Ausgang der Sache suchten nun die Offiziere dadurch zu durchkreuzen, daß sie die Unterzeichnung der Vertrauensvotumgebung durch einen Wachtmeister verbieten ließen. Es waren aber schon 27 Unterschriften geleistet, die im Original vorliegen.

Nach diesem Mißerfolg erging der dienstliche Befehl, daß niemand von den Mannschaften mit Vieweg sprechen dürfe. Offenbar wollte man es ihm auf diese Weise unmöglich machen, Zeugenaussagen für den kommenden Prozeß zu sammeln und die Verbindungen, die von den Offizieren systematisch über ihn ausgebreitet wurden, zu widerlegen. In widerlichster Weise wurde geschwänfelt, ob Vieweg etwa Schulden habe, um ihm auf diese Weise etwas anhängen zu können. Dabei befinden sich unter den Offizieren der Gegenseite ein paar notorische Schuldner, denen niemand etwas sagt! Hauptmann Neubarth und Leutnant de Thier, der Hauptbelastete, führen fortwährend Reden vor den Mannschaften, durch die diese gegen Vieweg eingenommen werden sollen. So sagt zu B. Hauptmann Neubarth vor der Mannschaft: „Vieweg, das Schwein, der Schuft, hat alles erfunden und erlogen.“ — Viewegs Zimmer in der Kaserne ist ohne richterlichen Befehl verriegelt.

Die Arzene aber geht dem Ganzen die Art der Untersuchung auf. Der vornehmende Kriegsgerichtsrat hat einen Zeugen Scheider, der bekundet, daß der Angriff auf Vieweg nicht von Leutnant de Thier spontan ausgeführt wurde, sondern von mehreren Offizieren vorher verabredet worden war, mit den Worten zurückgemessen: „Das will ich nicht wissen, geben Sie Antwort auf das, was Sie gefragt werden.“ Schröder ergriff hierauf die Mühe um fortzugehen und sagte: „Ich bin zwar zum erstenmal vor Gericht, aber ich meine, daß ich aussagen muß, was zur Sache gehört, und nicht, was Herr Hauptmann gerne hören.“

Darauf der Kriegsgerichtsrat: „Weichen Sie, werden Sie nicht froch, sonst werden Sie bestraft.“

Was bei dieser Untersuchung herauskommt, kann man sich denken. Wie uns der Rechtsbeistand Viewegs mitteilt, wird aber auch durch einen Beleidigungsprozeß gegen zwei reaktionäre Blätter Gelegenheit gegeben werden, die Sache vor einem Zivilgericht zu beleuchten.

Heimkriegspolitik und Kriegsgefangene.

Die üble Kaste des Heimkriegeums in Deutschland ist auch nach der Revolution nicht ausgestorben. Das bewies unter anderem die Verbrennung der französischen Fahnen vor dem Zeughaus durch einen „heldenmütigen“ Leutnant, es bewies ferner die Bejubelung der Flottenverbrennung von Scapa Flow, die wir seinerzeit, hiermit ziemlich allein stehend, aufs härteste verurteilt hatten. Jetzt wird uns ein neuer Beweis für die schädlichen Folgen jeglicher Art von Chauvinismus erbracht. Dieses Mal handelt es sich um die Verbrennung der Zeppelinluftschiffe, über die man bei uns kaum etwas las, während die französische Regierung sie zum Anlaß nahm, das Los unserer Kriegsgefangenen noch mehr zu erschweren. Hierüber belehrt uns folgender Auszug eines uns zugegangenen Kriegsgefangenenbriefes:

„Die letzten Nachrichten könnten direkt optimistisch stimmen, aber schon kommt die Nachricht, daß törichte Leute 12 Zeppeline verbrannt haben; nun darf man sich nicht wundern, wenn die Genoten zur Verbütung weiterer solcher Erfahrungen die Gefangenen als Pfand bis auf weiteres behielt. Die Toreu sollten glatt erschossen werden, solche Kinderreien haben keinen Zweck, damit wird nichts erreicht, diese Leute bilden sich monddübel ein, eine große patriotische Tat begangen zu haben.“

Neberhaupt scheint jetzt die Vierteljahrpolitik mit monarchischem Anhauch starke Blüten bei uns zu treiben. Daß dem Deutschen so sehr jedes politische Gefühl abgeht, ist so zu bedauern, es ihm einzupumpen, ist die wichtigste Aufgabe der Erziehung.

Dieser Idiot, der eine Sedentat zu verrichten glaubt! Ich wunderte mich nicht, wenn die Franzosen uns als Geiseln zurückbehielten. Man warte es ihnen nicht verdenken. Hoffen wir, daß auch dieser Kack an uns vorübergehen möchte!

Wenn unsere Nationalisten nur eine Spur von dem Mitgefühl für unsere Gefangenen übrig hätten, wie sie es in ihrer Presse täglich spaltenlang versichern, so müßte sie beim Lesen dieses Briefes ein Gefühl tiefer Beschämung überkommen. Es ist die alte Erfahrung, die schon in der Kriegs- und Friedenspolitik der vorrevolutionären Epoche gemacht und von den Sozialisten wieder und wieder gebrauchte wurde: Einzelne Heißsporne glauben, Politik auf eigene Faust treiben zu können, und übersehen damit, welch unheilbaren Schaden sie für ihr ganzes Volk damit anrichten. Da kann man es einem verzweifelt Kriegsgefangenen, der am Ende seiner Leidenszeit zu sein glaubt und sein trauriges Los durch die Wohnstinstat wildgewordener Offiziere auf unbegrenzte Zeit verlängert sieht, wahrlich nicht verdenken, wenn er diese Verbrecher an der Spitze am liebsten an die Wand gestellt sehen möchte!

Der Fall Reinhard.

Die „Freiheit“ glaubt unter einer Fülle von schmutzigen Böbeleien uns daran erinnern zu müssen, daß wir gegebenenfalls die Aufklärung des Falles Reinhard auf gerichtlichem Wege erzwingen wollten. Sie unterschlägt wie gewöhnlich ihren Lesern, was wir in Wirklichkeit getrieben haben. Wir haben Oberst Reinhard mehrfach öffentlich aufgefordert, sich klar und deutlich darüber zu erklären, ob er selber eigentlich die ihm von Reuendorf zur Last gelegten Äußerungen bestreitet. Bis hier hat Oberst Reinhard eine solche Erklärung nämlich vorsätzlich verweigert und andere für sich reden lassen. Sobald Oberst Reinhard selber erklärt, die ihm zur Last gelegten Äußerungen nicht getan zu haben, sind wir nach wie vor bereit, eine solche Ableugnung in einer Weise zu kennzeichnen, die Herrn Reinhard zu einer Klage zwingt.

Oberst Reinhard — und das ist das Charakteristische des Falles — leugnet aber gar nicht. Wie wir inzwischen erfahren haben, soll er in seiner Vernehmung ein ganz erhebliches Geständnis abgelegt haben. Am übrigen spricht nicht nur sein Schweigen gegen ihn, sondern auch sein Reden — erinnert bei nur an das schändliche Interview. Bei dieser Sachlage ist uns die Möglichkeit nicht gegeben, die Sache auf den Rechtsweg zu bringen; es ist ja aber auch gar nichts mehr aufzuklären, denn welcher Beweise bedarf es noch gegen einen Angeklagten, der selber zugestimmt?

Der Seemannstreik gegen die Gewerkschaften.

Hamburg, 26. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Eine in Bremerhaven abgehaltene Versammlung der im Deutschen Transportarbeiterverband und im Zentralverband der Maschinisten und Seizer organisierten Kapitäne, Steuerleute und Maschinisten der Fischdampfer erklärte: Wir erkennen unter keinen Umständen den vom Seemannsbund inszenierten Streik an, der nicht als Schimpfstreik für die Bremer Hafenarbeiter, sondern als Propagandamittel für die sozialistische Arbeiterunion gedacht ist. In Anbetracht der großen Lebensmittelschwierigkeiten, in denen sich das deutsche Volk befindet, bedeutet die Fortsetzung des Streiks ein Verbrechen an der Menschheit. Aus diesem Grunde erklären die Versammelten, daß sie die Arbeit nicht niederlegen. Sie verpflichten sich, in Zukunft nur mit freigewerkschaftlich organisierten Seeleuten zu fahren. Die Versammlung beschließt, daß die Kontrolle an Bord Brift durchgeführt wird.

In einer im Hamburger Gewerkschaftshaus abgehaltenen Versammlung der Hafenarbeiter wurde beschlossen, den jetzt geltenden Tarifvertrag zum 1. November zu kündigen und einen Einheitslohn von 25 M. zu verlangen. Ein Antrag, daß der Tarif nur für die im Transportarbeiterverband organisierten Hafenarbeiter Gültigkeit haben soll, nicht aber für unorganisierte oder Unionsleute, wurde nach längerer Aussprache abgelehnt. Die Versammlung beschäftigte sich dann auch mit dem Kopenhagener Hafenstreik. Von dort ist ein Schiff angefahren, das man vorläufig zu entlassen beschloß. Man hat bei unserem Parteiblat „Sozialdemokrat“ in Kopenhagen angefragt, ob der Streik von der Hafenorganisation beschlossen ist, und je nach der Antwort wird man sich über die weitere Stellungnahme schlüssig machen.

Der amerikanische Stahlstreik.

Nach einer Meldung aus New York haben zahlreiche Arbeiter im Distrikt Pittsburg die Arbeit wieder aufgenommen. An anderen Orten ist die Lage unverändert. Die Zusammenstöße in Buffalo, Cleveland und Chicago dauern an.

Württembergischer Justizminister gestorben. Justizminister Dr. v. Riene, der Führer des Zentrums, ist gestern nach längerem Leiden gestorben.

Industrie und Handel.

Börse.

Infolge des jüdischen Feiertages war die Börse schwach besucht und das Geschäft hielt sich zunächst in engen Grenzen bei nicht einheitlicher Haltung. Später kam eine fürnische Bewegung in Schiffahrtsaktien in Fluss, die anfangs leicht gebessert waren und dann zum Teil Sprunghaft in die Höhe gingen. Angezogen wurde der Verkehr hier durch umfangreiche Kaufaufträge für holländische Rechnung. Bevorzugt waren Hamburg-Südamerikaner, die 9 Proz. und Ostasien, die 8 Proz. gemannt. Am Kolonialmarkt war das Geschäft auch heute stiller, bei vorwiegend behaupteten Kursen. Feiner lagen Panama und Roman Salpeter. Etwas schwächer Southwast und Civamerte. Kriegsanleihe abwärts mit 77. Die älteren heimischen Anleihen liefen. Erdöl papiere schwankend. Steuere Romana 30 Proz. und Deutsche Petroleum 10 Proz. niedriger. Dagegen Erdöl bei sehr lebhaften Geschäft weiter anziehend bis 370. Canada Hart schwankend nach 458 später 425 und schließlich 440. Am Montanmarkt war die Haltung geteilt. Besondere höher Pöbbitz. Auch Gassenfröhner, Rheinisch und Lotharinger Hüfte gebessert. Schwächer Harpener, Bochumer, Bismarckhütte, Oberharz und Kambacher. Heimische Banken nachgebend, zum Teil bis 2 Proz. Niedriger ferner Hirsch Kupfer, Siemens u. Halske, Aktien u. Guillaume. Stärker ruf-läufig Berliner Anilin und Badische Anilin.

Groß-Berlin

Warmwasserbereitung.

Nach der zurzeit geltenden Verfügung ist in Häusern mit Warmwasserbereitung jede zweite Woche vom Freitag bis Sonntag warmes Wasser zu liefern. Weshalb wird die Verfügung nicht dahin abgeändert, jede Woche einen Tag lang Wasser zu gewähren? Dieses Verlangen bedeutet doch keinen Luxus, sondern ist eine hygienische Forderung, die sich aus dem begreiflichen Wunsch des einmaligen wöchentlichen Badens ergibt.

Prügelpraxis auf Rittergut Düppel.

Aus wird geschrieben:

Der Güterverwalter des Prinzen Leopold von Preußen auf Düppel, der durch seine Schweinefleischbekannte Herr von Eberstein, kann sich in die neuen Verhältnisse noch immer nicht hineinfinden. Am Montag vor den Schlichtungsausschuss geladen, erschien er ohne genügende Vollmacht — die Ladung hätte in — Platon in Westpreußen, dem Sitz der prinzipalen Zentralgüterverwaltung, erfolgen müssen! — und erreichte dadurch Vertagung der für die Düppeler Arbeiter so dringenden Entschuldigungsfrage. Trotz dieses „Versäus“ war aber der feudale Herr von Eberstein über die „Annahme“ der heutigen Landarbeiter, ihn — den Herrn von Eberstein — vor den Schlichtungsausschuss zu zittern, wo er „Hautenlang warten möchte“, so erobert, daß er, abends zu Hause angelangt, noch aus dem Feld künnte, um den im Landarbeiterverband organisierten Verwalter, Genossen Duggisch, nach kurzem Wortwechsel unter nichtigem Vorwand mit seinem Kutschknecht zu bearbeiten, da Eberstein in ihm das „Karnikel“ entdeckt zu haben glaubt. Genosse Duggisch mußte sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen und hat die junckerliche Art, gewerkschaftliche Angelegenheiten zum Auszug zu bringen, der Staatsanwaltschaft zur weiteren Verfolgung übergeben.

Was aber gedenkt Prinz Leopold von Preußen zu tun, der nach der Revolution wochenlang die rote Fahne auf seinem Schlosse in Klein-Glienicke zu seinem Schutze wehen ließ?

Auflösung der Ortsbezirke.

Eine dringende Sitzung des Letzter Kreislages findet am nächsten Dienstag im Kreisbauamt statt. Auf der Tagesordnung steht ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion des Kreisrates: Verlegung über die Auflösung der Ortsbezirke. Auf Antrag des Landratschaftsministeriums soll der Ortsbezirk Brunnenwald, Forst eine Änderung erfahren. Den Schluß der Tagesordnung bilden Beschlüsse, u. a. auch von Amtsdarstellern und deren Stellvertretern.

„Wass und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Wieder ein Ueberfall auf Sicherheitspolizisten. Nachdem erst vor einigen Tagen Beamte der Sicherheitspolizei auf der Straße von jungen Burschen angefallen worden sind, wird jetzt wieder ein Fall gemeldet, in dem Polizeibeamte mit der Waffe bedroht worden sind.

In einem Tanzlokal in der Gartenstraße hatten drei Unterwachmeister der Sicherheitspolizei der 2. Abteilung an einem Tanzpergolen teilgenommen. Die Beamten wurden während des Tanzes mehrfach von jungen Burschen angerempelt und aufgefordert, das Lokal zu verlassen, da man mit „Kostgardisten“ nichts zu tun haben wolle. Als die Polizisten sich schließlich an einen Tisch in der Nähe des Ausgangs setzten, drangen etwa 8 bis 8 Männer auf sie ein und forderten sie mit vorgehaltenem Revolver und gezogenen Messern auf, schleunigst den Saal zu verlassen. Die Beamten wußten sich der Uebermacht nicht zu widersetzen und verließen das Lokal. Auf der Straße trafen sie Soldaten einer Reichwehrrückstellung und ersuchten diese um Beistand, um die Angreifer festnehmen zu können. Als die bewaffnete Macht wieder in den Tanzsaal zurückkam, entstand ein furchtbares Durcheinander. Die Angreifer, die vorher auf die drei Polizisten eingedrungen waren, verühten die anderen Anwesenden zur Hilfe aufzurufen. Es kam zu einer Schlägerei, bei der die Angreifer schließlich auf die Straße geschickt wurden. Da jedoch die Menge eine drohende Haltung annahm, zogen sich die Soldaten und Polizisten schließlich zurück, ohne Verhaftungen vornehmen zu können.

Eine Ente in Butter. Ein Hiesendiebstahl sollte vor 14 Tagen auf dem Güterbahnhof Rummelsburg verüht worden sein. Einer Diebeshande, hieß es, sei es gelungen, einen Wagon mit 200 Zentner Butter zu stehlen. Nachforschungen ergaben, daß der Hiesendiebstahl von dem Urheber der Meldung glatt erstanden worden ist. Es ist wieder in Rummelsburg, noch sonst auf einem Bahnhof hier Butter gestohlen worden oder sonstige verschwinden.

Berlin, Westen. Wir geben hiermit bekannt, daß wir am 29. d. M. eine Expedition des „Vortwärts“ in der Steglitzer Str. 37 Ecke Magdeburger Str. 18 eröffnen, und bitten, alle Zeitungs- und Zuzahlungsbestellungen dorthin gelangen zu lassen.

Lichtentende. Expeditionswechsel. Da Herr Pöller die Expedition am 1. Oktober d. J. aufgibt, bitten wir unsere geehrten Abonnenten, zur Vermeidung von Störungen in der Auslieferung unseres Blattes, ihre Adresse an Herrn Max Geymann, Viktorstr. 8 umgeben zu lassen. Derselbe hat sich bereit erklärt, für prompte Zustellung zu sorgen. Die Hauptexpedition.

Sportnachrichten.

Arbeiter-Radsportverein „Groß-Berlin“. Sonntag, früh 7 Uhr, „Mittler Anstalt“, Radmittags 2 Uhr, „Mittler Anstalt“, Radelnwerber. Start: Mariannenplatz. Nächste Versammlung Mittwoch, 1. Oktober, bei Dammhofs, Poststr. 9. — Arbeiter-Radsportverein „Solidarität“. Sonntag nach Waldau bei Adligsdorferhau. Start: 6 und 12 Uhr, Wilhelmstraße. Mittwoch, 1. Oktober, Generalversammlung.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Friedrichshof. Von heute bis Montag Anmeldung zur neuen Fleischhundenliste.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Charlottenburg. Gruppe VI. Sonnabend, abends 8 Uhr, im Restaurant Lühm-Garten, Lühmstr. 2, außerordentliche Gruppenversammlung.

Jugendveranstaltungen.

Reutoln. Der heutige Unterhaltungsabend findet nicht in der Münchener Str. 22, sondern im Jugendheim, Rogalstr. 33, statt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Ausschuh für vertriebene Reichsdeutsche. Mittwoch, 8 Uhr, in der Aula der Hohenzollernschule, Schöneberg, Berlin-Luther-Str. 22/23, Versammlung der reichsdeutschen Auszubildende aus dem Reich.

Arbeiter-Stenographenbund Interkommunal. Sitzung jeden Freitag von 7-9 im Vahnenhüter, Bruchstr. 11. Anführer: Karlus nach Stölze-Schrey heute abend letzter Anmeldeitag.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag 10¹/₂ Uhr im Festsaal des Berliner Stadthauses, Klosterstraße. Ede Strolauer Straße, Jugendweide. Festvortrag von Herrn Ernst Däumig. — Abends 8 Uhr im gleichen Saal: Volksversammlung. Vortrag des Herrn A. Hoffmann: Volksbewegung durch Kirche und Schule.

Gewerkschaftsbewegung

Der Streik in der Metallindustrie.

Versammlung der Angestelltenvertreter.

Die der Arbeitergemeinschaft freier Angestelltenverbände angeschlossenen Angestellten-Obleute der Metallindustrie versammelten sich am Donnerstagabend im „Englischen Garten“. Als Beauftragter des Metallarbeiterverbandes gab Post einen Bericht über die Lage. Er schilderte eingehend die Vorgeschichte des Ausstandes und behauptete, daß lediglich das Bestreben der Unternehmer, den gefällten Schiedsspruch zu verdrehen und die Arbeiter unsachgemäß zu klassifizieren, den Anlaß zum Streik gegeben habe. Die Versuche, dem Ausstand jetzt politische Motive unterzuschieben zu wollen, seien durchsichtig genug. Die bisherige Taktik des Metallarbeiterverbandes habe sich als sehr geeignet erwiesen. Ueber die weiter zu verfolgende Taktik könne man sich nicht auslassen, da die beabsichtigten Krämpfe nur mit Erfolg ausgeführt werden können, wenn sie dem Gegner vorher unbekannt seien. Man könne den Kampf nur durchzuführen, wenn die Kopf- und Handarbeiter in ganz Deutschland vollste Solidarität bewahren. Die Leistung von Streikarbeit mühte von den Angestellten strikte verweigert werden. Man müsse sich darüber klar sein, daß, wenn in nächster Zeit eine Verschärfung des Streiks eintritt — und sie wird eintreten —, daß dann nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Angestellten der Betriebe entlassen werden. Daraus ergreift Fritz Schmidt vom Zentralverband der Angestellten das Wort, der hervorhob, daß die Arbeitgeber bei diesem Streik wieder die Absicht zeigen, Arbeiter und Angestellten gegeneinander auszuspielen. So wurden im Wernerwerk (Siemens) die Arbeiter gefragt, was sie tun würden, wenn die Angestellten die Kessel beheizten. Es sei notwendig, eine permanente Angestelltenkommission der Metallindustrie einzusetzen, die die Fühlung mit der Streikleitung aufrechterhalte. Sofern es den Arbeitgebern der Metallindustrie gelingen würde, das Lohnniveau der Arbeiter herabzusetzen, sei es unausweichlich, daß die Angestellten ebenfalls schließlich an die Reihe kommen und in ihren Gehaltsbezügen zurückgeschraubt werden.

Nach kurzer Debatte wurde eine Entschliessung angenommen, die besagt, daß die versammelten Hauptvertreter der Metallindustrie den streikenden Metallarbeitern vollen Erfolg des Kampfes wünschen und sich bereit erklären, die Streikenden gegebenenfalls zu unterstützen. Sie fordern alle Kollegen und Kolleginnen auf, jede Streikarbeit in den Betrieben zu verweigern. Im Schlußwort gab Post einen Ueberblick über die Streiklage. Es seien zur Stunde über 50 000 Streikende und Ausgesperrte gemeldet. Am Donnerstag seien 30 weitere Firmen in den Streik hineinbezogen worden. Die Heizer und Maschinenisten der Siemenswerke hätten den Ausstand beschlossen. Es sei abzuwarten, ob die technische Abteilung der Reichswehr zu Streikbrecherdiensten herangezogen werde. Geschehe dies, so werde die Arbeiterschaft den von diesen erzeugten Streikbrecherstrom nicht zur Arbeit verwenden, sondern aus den Betrieben gehen. Insbesondere sei darauf hingewiesen, daß die technische Abteilung nur bei politischen Streiks einschreiten dürfe. In Anbetracht der Kohlenkrise könne leider die günstigste Angriffsstaktik nicht verfolgt werden. Die von Schmidt vorgeschlagene ständige Arbeitskommission wurde am Schluß der Versammlung gewählt.

Ueber die Streikbewegung melde eine Korrespondenz folgende Einzelheiten: Bereits gestern sind Verschärfungen des Konfliktes in den Porzellan-Betrieben eingetreten, die damit rechnen lassen, daß heute auch hier die Heizer die Arbeit niederlegen werden und infolgedessen die gesamte Arbeiterschaft arbeitslos wird.

In Siemensstadt, wo die Heizer der Siemenswerke die Arbeit eingestellt haben, brauchen bisher noch nicht alle Arbeiter und Arbeiterinnen entlassen zu werden. Die Direktion hat vielmehr verfügt, daß in denjenigen Abteilungen, die nicht direkt an das Zentralwerk angeschlossen sind und elektrischen Strom benötigen, weiter gearbeitet wird. Diejenigen Abteilungen freilich, die unmittelbar von dem Kraftwerk abhängig sind, wurden geschlossen und die Arbeiter entlassen. Ob es möglich sei, die elektrische Zentrale der Siemenswerke wieder in Tätigkeit zu setzen, ist sehr fraglich. Die Straßenbahn in Siemensstadt selbst ruht. Auch die nach Spandau führende Linie ist lahmgelegt. Nach Siemensstadt verkehrt augenblicklich nur die Linie 164 der Großen Berliner Straßenbahn.

Bei den Imperator-Werken ist im Laufe des heutigen Vormittags die Arbeit durch den Heizerstreik allgemein eingestellt worden. Wie wir hören, laufen heute bei einer ganzen Reihe kleiner und mittlerer Firmen die Ultimata der Heizer und Maschinenisten ab, so daß heute Nachmittag wieder mit einer weitestgehenden Erweiterung des allgemeinen Ausstandes zu rechnen ist. Bei der A. G. W. ist die Lage folgende: In der Maschinenfabrik Brunnenstraße wird vollständig gestreikt. In der Hüllerabteilung sind 137 Arbeiter, im Lokomotivbau 100, in der Signal- und Scheinwerfer-Abteilung 100 Personen im Streik. Im Habelwerk Oberspree und in der Fabrik in der Ackerstraße herrschen Teilstreiks, während in der Turbinenfabrik, Glühlampenwerk, Flugzeugwerke und dem Stahl- und Walzwerk zur Stunde noch voll gearbeitet wird.

Die Berliner Holzindustriellen drohen mit der Aussperrung.

In einem Rundschreiben an seine Mitglieder hat der Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe, Ortsgruppe Berlin, folgende Parole ausgegeben:

Trete keiner in Werkstattverhandlungen mit seinen Kollegen und Arbeitern ein, sondern verweise diese an die Organisation. Kein Arbeitgeber darf auch nur einen Mann einstellen, ehe eine neue Parole von uns herausgegeben wird.

Jede Forderung der Arbeiter, die nicht von uns mitgeteilt ist, ist strikte abzulehnen.

Drohen die Kollegen mit Arbeitsniederlegung oder wollen sie sich eigenmächtig Ferien nehmen, so ist ihnen sofort zu erklären, daß sie dann 14 Tage ausgesperrt werden.

Eine Kündigung gibt es nicht mehr, die Verordnung ist am 8. September aufgehoben, sie gilt nur noch für zurückgekehrte Gefangene und zu 50 Proz. erwerbsunfähige Kriegsinvaliden.

Daraus ist zu ersehen, daß es die Berliner Unternehmer unter allen Umständen auf eine Machtprobe wegen der Ferienfrage ankommen lassen wollen. Durch die zentralen Vereinbarungen sind den Berliner Holzarbeitern schon für dieses Jahr Ferien zugesichert worden. Die Zeit bis zu einer anderweitigen örtlichen Regelung ist verstrichen; dies konnte bis zum 15. September geschehen. Infolgedessen sind die Berliner Holzarbeiter in den einzelnen Betrieben vorzeitig geworden, nachdem auf dem Wege der Verhandlungen zwischen den Organisationen nichts erreicht werden konnte, um die vereinbarten Ferien zu erhalten. Wie aus dem Rundschreiben nun ersichtlich, fordert der Arbeitgeberschutzverband seine Mitglieder auf, mit der Drohung der Aussperrung diese Forderungen zu beantworten.

In einem weiteren Zirkular, in dem der Schriftwechsel zwischen den beiderseitigen Organisationen berücksichtigt wird, wird die Behauptung aufgestellt, daß die Berliner Holzarbeiter ganz neue Forderungen aufgestellt hätten. Das betrifft namentlich die Mindest- und Durchschnittslöhne. In dieser Hinsicht wurde aber nur die Forderung erhoben, daß die Festsetzung dieser Löhne auf der Grundlage der tatsächlich bestehenden Löhne erfolgen soll. Also nur das, was heute schon bezahlt wird, soll zugesichert werden. Weiter wird behauptet, daß eine Erhöhung der Ueberstundenzuschläge gefordert sei. Auch das entspricht nicht den Tatsachen. Es wird nur verlangt, daß die Bestimmungen über die Ueberstunden für Berlin gestrichen werden, weil schon in früheren Verträgen diese Forderung für Berlin erledigt war.

Diese Behauptungen werden natürlich nur aufgestellt, um eine Beeinträchtigung in die Reihen der Berliner Holzarbeiter hineinzutragen.

Bezüglich der Ferienfrage haben die Berliner Arbeitgeber in ihrer letzten Generalversammlung den Beschluß gefaßt, nur drei Tage Ferien nach einer halbjährigen Beschäftigung gewähren zu wollen. Es war dort die Meinung vorhanden, die durch die zentralen Vereinbarungen zugesicherten Ferien ohne weiteres gewähren zu wollen und die Durchführung den einzelnen Betrieben zu überlassen. Die Scharmacher behielten aber die Oberhand und so wurde der oben genannte Antrag zum Beschluß erhoben. Trotzdem behaupten die Arbeitgeber in ihrem Rundschreiben, daß sie alles getan hätten, um zu einer befriedigenden Lösung der fertigen Punkte mit den Arbeitgebern zu gelangen. Die Schuld liegt also durchaus an den Arbeitgebern, wenn es in Berlin wegen der Ferienfrage zu einem größeren Kampfe kommen sollte.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Töpfer.

Anfang September reichten die Töpfer Berlins den Unternehmern die Forderung ein: Erhöhung des Stundenlohns von 3,10 M. auf 3,50 M., Erhöhung der Feuerungszulage bei Akkordarbeit für diesen von 150 auf 200 Proz., für Kochherde von 150 auf 250 Proz.

Am Donnerstag berichtete Segarte in der Versammlung der Töpfer, daß die Unternehmer bei den letzten Verhandlungen viele von den Verbandsvertretern mit aller Entschiedenheit vertretene Forderungen vollständig bewilligt haben. Ueber einige Nebenforderungen wird noch verhandelt, und ist mit Sicherheit zu erwarten, daß auch diese bewilligt werden. Die erhöhten Löhne treten am 1. Oktober in Kraft. Damit kann diese Lohnbewegung als abgeschlossen betrachtet werden.

Es kam zu einer sehr lebhaften Diskussion, die dadurch hervorgerufen wurde, daß Pusemann beantragte, die bewilligten Zulagen abzulehnen und einen Stundenlohn von 5 Mark zu fordern. Diese Forderung entspreche dem heutigen Stande der Valuta. Man könne heute für 5 M. kaum soviel kaufen, wie vor dem Kriege für 1 M. — Andere Redner, namentlich Remny, Wahle und Segawe, wandten sich gegen Pusemann. Die von ihm empfohlene Taktik sei die der Kommunisten. Danach müsse alles, was die Gewerkschaftsleitung befürwortet, abgelehnt werden, selbst wenn, wie in diesem Falle, alles bewilligt worden ist, was die Kollegen gefordert haben. Als die jetzt bewilligten Forderungen aufgestellt wurden, habe die Valuta noch etwas tiefer gestanden wie heute. Damals habe Pusemann sich nicht auf die Arbeiter berufen. Auch er sei mit der Forderung einverstanden gewesen. Sein heutiger Antrag entspreche nicht einer reinen Ueberzeugung, sondern nur dem Bestreben derjenigen Richtung, die die Gewerkschaften nicht zur Ruhe kommen lassen wolle. Wenn auch zugegeben werde, daß ein Stundenlohn von 5 M. unter den heutigen Verhältnissen nicht zu hoch sei, so wisse man doch, daß man mit einer derartigen Forderung nicht zu einem Tarifabschluß kommen könne.

Der Antrag Pusemann wurde fast einstimmig abgelehnt und eine Resolution angenommen, die sich mit den bewilligten Forderungen einverstanden erklärt und die Erwartung ausdrückt, daß auch die Nebenforderungen bis zum 1. Oktober bewilligt werden, damit dem Gewerbe ernste Störungen erspart bleiben. — Bei den Verhandlungen soll noch gefordert werden, daß bei Arbeiten außerhalb des Stadt- und Ringbahnverkehrs das Jahrgeld bezahlt wird.

Bezüglich der Arbeiterratsfrage wurde beschlossen, vorläufig von einer Neuwahl des Arbeiterrats Abstand zu nehmen, bis eine Klärung zwischen den beiden Vorkandidaten geschaffen ist oder die Wahlen vom Zentralrat der Republik Deutschland ausgeschrieben sind. Das Arbeiterratsmitglied Remmhöfer, der am 14. August sein Amt niedergelegt hat, wird somit nicht mehr als Arbeiterratsmitglied angesehen.

Der Tarif für die Herren-Masch- und Uniformschneider.

In einer überfüllten Versammlung der Herren-Masch- und Uniformschneider im „Deutschen Hof“ berichtigte Schuchmacher über die zentralen Verhandlungen in Cassel. Nachdem vom Hauptverband die Tarife gekündigt waren, wurde zuerst versucht, in örtlichen Verhandlungen die Einrichtung von Betriebswerkstätten mit Zeitlöhnen durchzusetzen. Die Berliner Arbeitgeber hätten zwar der Einrichtung der Betriebswerkstätten zugestimmt, aber den Zeitlohn rundweg abgelehnt. Bei den zentralen Verhandlungen schenkte die Arbeitgeber die Zeitlöhne glatt ab. Ein Streik konnte um den Zeitlohn nicht geführt werden. Es wurde dann ein Garantielohn von 87¹/₂ Proz. des letzten Jahres Stundenlohnes festgesetzt. Der Stundenlohn für Berlin beträgt 2,75 M. und 2,80 M. Urlaub wird nach 9 Monaten Beschäftigungsdauer 3 Tage, nach 1 Jahr und mehr 6 Tage gewährt. Die ersten zwei Ueberstunden sollen mit 33¹/₂ Proz. die nächsten zwei mit 60¹/₂ Proz. und die Nacharbeit mit 100 Proz. Zuschlag bezahlt werden. Bei der Verteilung der Arbeit darf der Heimarbeiter vor dem Werkstattarbeiter nicht bevorzugt werden. Für Heimarbeit wurden 6 Proz. Zuschlag gewährt. Der Vertrag ist dreimonatlich kündbar. Im Vertrag ist auch das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter festgelegt wor-

